

Protokolleintrag vom 16.09.2015

2015/312

Schriftliche Anfrage von Helen Glaser (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.09.2015:

Teilschliessung des Veloverleihsystems «Züri rollt», Folgen für die betroffenen Personen sowie Möglichkeiten für mehrere Verleihsysteme mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen

Von Helen Glaser (SP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit über 20 Jahren gibt es in Zürich den Gratis-Veloverleih «Züri rollt». Dabei handelt es sich um ein Sozialprojekt der Asylorganisation Zürich (AOZ), das Asylsuchenden und aufgenommenen Flüchtlingen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit bietet: Bei den Verleihstationen kommen diese Menschen mit der Bevölkerung in Kontakt und in der eigenen Velowerkstatt werden die Velos von qualifizierten Fachleuten gewartet. 2014 waren rund 100 Personen bei diesem Projekt beschäftigt.

2007 verlangten die SP und die Grünen in einer Motion (2007/510), dass in Zürich ein automatischer Veloverleih eingeführt werden soll. Nach einem erfolgreichen Testbetrieb 2014 schrieb die Stadt 2014 den Auftrag öffentlich aus. Der Zuschlag für das Projekt «Züri Velo» ging schliesslich an Publibike, ein Tochterunternehmen der Postauto Schweiz. Die AOZ ging leer aus. Gegen den Entscheid läuft zurzeit ein Einspracheverfahren eines anderen unterlegenen Konkurrenten.

Die Zukunft der Veloverleihstationen von «Züri rollt» und damit eines Teils 100 Arbeitsplätze ist somit ungewiss. Es stellt sich die Frage, ob es in Zürich künftig zwei Veloverleihsysteme braucht und verträglich bzw. ob es möglich ist, in Zürich zwei Veloverleihsysteme zu haben, wenn es sich um ganz unterschiedliche Geschäftsmodelle handelt. Eine weitere Frage ist, ob die Menschen, die ihre Beschäftigung verlieren würden, auf andere Weise im Projekt oder in anderen Projekten beschäftigt werden könnten.

In unserer Brust schlagen in diesem Zusammenhang zwei Herzen, das ökologische, das ein flächendeckendes Veloverleihsystem will, und das soziale, das Asylsuchenden und aufgenommenen Flüchtlingen weiterhin eine integrierende und befriedigende Beschäftigung bieten möchte.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Steht heute bereits fest, was mit denjenigen Teilen von «Züri rollt» geschieht, die nicht weitergeführt werden, wenn das «Züri Velo» (oder ein anderes System) dannzumal eingeführt wird? Ist zumindest absehbar, in welche Richtung der Entscheid gehen wird?
2. Wie viele Stellen (Menschen) wären von der Teilschliessung von «Züri rollt» betroffen? Wie vielen Stellenprozenten entspricht diese Zahl?
3. Welche Teilbereiche von «Züri rollt» wären von der Veränderung betroffen?
4. Welchen Anteil am Gesamtumsatz von «Züri rollt» würde die Reduktion ausmachen?
5. Ist in der Vereinbarung mit dem zukünftigen Veloverleihbetreibenden explizit festgehalten, dass ein paralleles Projekt wie «Züri rollt» ausgeschlossen ist?
6. Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, zwei verschiedene Veloverleihsysteme gleichzeitig zu betreiben: ein kostenloses wie das heutige «Züri rollt» und ein kostenpflichtiges wie das neue «Züri Velo»? Wir bitten dabei nicht nur um die Bewertung der wirtschaftlichen, sondern auch der sozialpolitischen Aspekte.
7. Könnte der Stadtrat sich vorstellen, für «Züri rollt» andere Örtlichkeiten als für «Züri Velo» zur Verfügung zu stellen? Wäre es z. B. denkbar, nach der Einführung von «Züri Velo», «Züri rollt» in den geplanten Veloabstellanlagen im Hauptbahnhof sowie an den Bahnhöfen Altstetten und Enge weiterzubetreiben? Allenfalls auch ausserhalb des Hauptbahnhofs mit der zusätzlichen Dienstleistung «kleine Veloreparaturen»?
8. Ist die Stadt mit der AOZ in Zusammenhang mit den möglicherweise gefährdeten Stellen im Gespräch, um zu vermeiden, dass diese Leute dannzumal von einem Tag auf den anderen ohne Beschäftigung dastehen?
9. Hat der Stadtrat Vorstellungen, was mit den aktuellen Arbeitsintegrationsplätzen aus «Züri rollt» geschehen soll, wenn das neue Veloverleihsystem «Züri Velo» eingeführt wird? Sieht der Stadtrat z. B. im Rahmen von anderen sozialen städtischen Projekten und in Zusammenarbeit mit der AOZ Möglichkeiten, den betroffenen Menschen andere, ebenfalls sinnvolle, integrierende Beschäftigungen anzubieten? Wenn ja, in welchen Bereichen?
10. Wie viele der betroffenen Personen könnten (andersweitig) weiterbeschäftigt werden?

Mitteilung an den Stadtrat